

spiel für die »Einstellung zur Propaganda« von Goebbels stand für Crossmann der historische »Fall Katyn«²².

In Anbetracht der Eintragungen von Goebbels in seinem Tagebuch, wo er sich über die »Lügen und die Unterdrückung« von »Reuter« und der »BBC«, deren sich beide Institutionen schuldig gemacht hatten, erregte, und nur in Bezug auf die persönlich verfassten Artikel in der nationalsozialistischen Zeitschrift *Das Reich* von »Offenheit und Objektivität« sprach, drängte sich für Crossmann die Frage auf: »Ist das nur Schauspielerei?« (Ebd.) Angesichts der Tatsache, dass Goebbels diese Ausführungen im Kontext zum »Fall Katyn« in seinem persönlichen geheimen Tagebuch gemacht hatte und seine Empörung »alle Zeichen einer geradezu hysterischen Aufrichtigkeit« (ebd.) trug, bestand für Crossmann kein Zweifel, dass Goebbels nicht als »Schauspieler« fungierte. Für ihn stand fest:

Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die Nazis nicht aufgehört hatten, an Wahrheit und Anständigkeit zu glauben, sich selbst aber für solche Übermenschen im Sinne Nietzsches hielten, daß sie allein von allen Beschränkungen durch menschliche Gesetze befreit waren. Goebbels hatte die »dekadenten bürgerlichen Werte« für Deutschland abgeschafft, aber er war der Meinung, daß die Demokratien sich so lange an sie halten sollten, bis sie ebenso zerstört waren wie die deutsche Republik. Deutschland war berechtigt, totalen Krieg zu führen, England nicht. Wenn Hitler einen Pakt mit Stalin unterzeichnete, so war das ein glänzender Schachzug [...].²³

Die Erkenntnis, die sich für Crossmann aus dem Studium des Tagebuches ergab, war darin zu sehen, zu verstehen: »wie der Übermensch sich selbst zerstört«. Denn, so der Autor: »Sich selbst ›jenseits von Gut und Böse‹ zu stellen, bedeutet letztlich, auch die Möglichkeit zu verlieren, Wahrheit und Lüge auseinanderzuhalten. So ist es Goebbels ergangen. Er begann als glänzender Propagandist und endete damit, daß er Objektivität als Hochverrat anprangerte und seine eigene Propaganda glaubte. Die Lüge auf seinen Lippen« – so beendete Crossmann seinen Beitrag *Dr. Goebbels privat* – »war zu einer Lüge seines ganzen Wesens geworden.«²⁴

1.4 Die Genesis der nationalsozialistischen »Machtergreifung« oder: das »Scheitern« der Weimarer Republik.

Damit die nationalsozialistische Bewegung und der »Führer« der NSDAP, Adolf Hitler, an die Schaltstellen der staatlichen Macht gelangen konnte, stand für die Zeitschrift *Der Monat*, genauer: für einige prominente Autoren, fest, dass der Erste Weltkrieg eine wichtige, um nicht zu sagen entscheidende historische Zäsur darstellte. Zweifelsohne sah man gerade in diesem Ereignis die »Urkatastrophe« (Kennan) für den weiteren Verlauf der europäischen Geschichte. Beispielsweise fällt Bondy – unter Berufung auf den Schweizer Historiker Jean Rudolf von Salis – mit Blick auf den sogenannten europäischen Bürgerkrieg das Urteil: »Das Jahr 1914 hatte einen Bruch bedeutet, dessen Schwere erst 1918 den europäischen Völkern ganz zum Bewußtsein kam, und des-

22 Siehe hierzu im Einzelnen ebd., S. 93.

23 Ebd.

24 Ebd.

sen Heilung bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs nicht gelungen ist.«²⁵ Wie auch der Erste Weltkrieg ganz allgemein – zumindest nach Auffassung einiger Autoren – die Anfälligkeit und Brüchigkeit der »westlichen Zivilisation«²⁶ unter Beweis stellte und die Infragestellung des Fortschrittsbegriffs zur Folge hatte.²⁷

Gleichwohl thematisierte das Zeitschriftenorgan auch die konkreten Konsequenzen des Ersten Weltkrieges für Deutschland. Auf den Versailler Vertragsabschluss von 1919 ging *Der Monat* in der Themenreihe »Versailles nach 35 Jahren« explizit in zwei Ausgaben der Zeitschrift ein. Angesichts der sogenannten Schmach von Versailles bzw. des »Diktats von Versailles« fragte sich in der Juliausgabe des Jahres 1954 die Redaktion unter der Überschrift »Gespenster im Spiegelsaal?« in der Einleitung zu den insgesamt vier Beiträgen unter anderem, ob nicht das »große Friedenswerk« der Siegermächte »nicht eher einem Spuk als einem historischen Ereignis [gleichet], das eine ganze Epoche bestimmte, das dem Nazismus als Panier dienen konnte, ja, das ihn gleichsam verursacht hat?«²⁸

Auf der Grundlage dieser Leitfrage setzten sich ein deutscher, ein französischer, ein amerikanischer Autor sowie eine englische Autorin aus jeweils länderspezifischer Perspektive mit dem Friedensvertrag und seinen historisch-politischen Folgen auseinander. Den Anfang machte der Marburger Professor für Neuere Geschichte und Mitherausgeber des Blattes *Historische Zeitschrift*, Ludwig Dehio, der eingangs konstatierte, dass sich Deutschland in der Situation »nach Überwindung der dunklen Kehre des Dritten Reiches« befand.²⁹ Dehio untersuchte im ersten Teil seines Beitrages in einem historischen Exkurs ausführlich die zentralen europäischen Friedensschlüsse des 19. Jahrhunderts, d. h. genauer den Friedensvertrag des Wiener Kongresses von 1815 und deren historische und politische Implikationen für den europäischen Staatenbund. Vor dieser Folie wurden von ihm die Folgen des Versailler Vertrages von 1919 für Frankreich, England und speziell für die Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten Wilson

25 François Bondy, Der europäische Bürgerkrieg. Zu J. R. von Salis' »Weltgeschichte der neuesten Zeit«, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 90, S. 60–62, hier S. 61; hierbei handelte es sich um eine Rezension des gleichnamigen Buches.

26 Vgl. exemplarisch Erich Heller, Karl Kraus oder die Schwarze Magie der Sprache, in: *Der Monat* 6 (1954), H. 64, S. 357–384. Vgl. hierzu auch die entsprechenden Ausführungen in Kap. II.1.

27 Vgl. G. f. Hudson, Professor Toynbee und der Westen. Zu einem neuen Buch von Arnold J. Toynbee, in: *Der Monat* 5 (1953), H. 57, S. 320. Vgl. die spezielle Auswirkung des Ersten Weltkrieges auf die Kultur bzw. das Theater: H[ugo] f. Königsgarten, Georg Kaiser. Der Dramatiker des Geistes, in: *Der Monat* 4 (1952), H. 41, S. 516–523; auf die Dichtung: Helmut Uhlig, Die Grenzen des Sagbaren. Ein Versuch über Georg Trakl, in: *Der Monat* 6 (1954), H. 70, S. 385–395; vgl. auch Hermann Kesten. Stefan Zweig. Erinnerungen an den Freund sowie zur dichterischen Rebellion gegenüber der »in Fortschrittsträumen wiegenden Welt« der Jahre um 1910 den Artikel zum »Vertreter des Expressionismus« von Helmut Uhlig, Visionär des Chaos. Ein Versuch über Georg Heym, in: *Der Monat* 6 (1954), H. 64, S. 417–427.

28 *Der Monat* 6 (1954), H. 70, S. 345. Zur Bedeutung der Frage, was an dem sogenannten Vertragswerk falsch bzw. missraten war, schrieb die Redaktion u. a. weiter: »Wenn wir den 35. Jahrestag der Unterzeichnung zum Anlaß einer Rückschau nehmen, so geschah es hauptsächlich, weil wir herausfinden wollten, ob nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten die Diskussion über den praktischen und ethischen Wert dieses Friedensvertrages weitergegangen ist. Tatsächlich ist er seit dem 28. Juni 1919 fast unaufhörlich in wechselndes Licht getaucht worden.«

29 Ludwig Dehio, Versailles nach 35 Jahren, in: *Der Monat* 6 (1954), H. 70, S. 345–352, hier S. 345.

sowie dessen konzeptionelle Vorstellungen eines »dauernden Friedens« und »neuen Völkerrechtes« zur Sprache gebracht (S. 349). Der daraus resultierende »verkrüppelte Völkerbund«, so Dehio, »versagte« in Bezug auf die ihm übertragenen Funktionen, insbesondere hinsichtlich des Versailler Vertrages, wie zum Beispiel beim Minderheitenschutz, beim Abrüstungsprinzip und dem Reparationsproblem. Mit Blick auf das »Endergebnis« für das Deutschland der Nachkriegszeit schrieb Dehio vor dem Hintergrund seiner Ausführungen zum »Versagen« des Vertrages:

seine nächste Aufgabe, die Befriedigung des hegemonialen Titanen, verfehlte sie gänzlich. Die deutsche Gefahr war vielleicht zu beschwören in dem weiten Rahmen des Weltvölkerbundes, nie in dem engen verschrumpften Europas. Der Rückfall in die Denkweise des ausgelebten Gleichgewichtssystems, wie er durch den tragischen Triumph der festländischen Mentalität gegeben war, führte zu dem unmöglichen Neben- und Gegeneinander des hochmütig angstvollen Scheinsiegers mit dem künstlich gefesselten Riesen, der aufs Blut gereizt, seiner alten Kräfte und seiner neuen Möglichkeiten bewußt wurde. Von innen wie außen her wurde die deutsche Politik auf die alte Bahn der Macht gedrängt und auf eine Revanche, die unversehens in einen letzten und furchtbarsten europäischen Hegemonialkampf ausmünden konnte, wenn nicht mußte.³⁰

Aus französischer Sichtweise setzte sich der an der Pariser École Nationale des Sciences Politiques lehrende Historiker J.-B. Duroselle mit dem Versailler Vertragsabschluss auseinander. Im Wesentlichen kam er auf einzelne Vertragsinhalte zu sprechen und diskutierte sie anhand der umstrittenen Rezeption in politischen und intellektuellen Kreisen in Frankreich.³¹ Hinsichtlich der ersten Ziele der Außenpolitik Hitlers stellte der Autor in diesem Zusammenhang fest, dass er die »Beseitigung des Versailler Vertrages« anstrebte und schrieb hierzu:

Man konnte sich fragen, ob Hitler nach der Machtübernahme wagen würde, das in »*Mein Kampf*« entworfene, weit anspruchsvollere Programm zu verwirklichen, das nicht nur die Vernichtung des Versailler Vertrages vorsah, sondern darauf hinauslief, zunächst den deutschen Raum, dann den deutschen »Lebensraum« und schließlich die ganze Welt durch die Herrenrasse zu erobern.³²

Im zweiten abschließenden Teil der Diskussion »Versailles nach 35 Jahren« kamen der amerikanische Professor für Neuere Geschichte – insbesondere Deutschlands – H. Stuart Hughes und die englische Historikerin von der Universität Oxford, Agnes Headlam-Morley, zu Wort, ohne dass essenzielle Aussagen zur nationalsozialistischen

30 Ebd., S. 351.

31 Duroselle, Pro und contra in Frankreich, ebd., S. 352-360.

32 Ebd., S. 354. In Bezug auf die Beurteilung des Versailler Vertrages in den französischen politischen und intellektuellen Kreisen zum Zeitpunkt der »Hitlerzeit« schrieb Duroselle, dass entgegen der verbreiteten Ansicht im Deutschland des Jahres 1954 niemals »die Ansicht vertreten (wurde), daß der Nationalsozialismus einzig und allein auf den Vertrag von Versailles zurückzuführen sei, jedenfalls nicht in so absoluter Form.« Und weiter: »Die These von der grundsätzlichen Verantwortlichkeit des deutschen Volkes wird von der gesamten französischen Öffentlichkeit aufrechterhalten.« (Ebd., S. 355)

Bewegung in der Weimarer Republik und zur Vorgeschichte der »Machtergreifung« gemacht wurden – und allein dieser Sachverhalt ist hier von Bedeutung.³³

Nach dieser 1954 erschienenen vierteiligen Reihe zum Versailler Vertrag widmete sich *Der Monat* mittels des Autors Sebastian Haffner im August 1959 ein weiteres Mal ausdrücklich diesem Thema. Unter dem Titel *Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren*³⁴ setzte sich der 1907 in Deutschland geborene und »naturalisierte Engländer« – so die redaktionelle Mitteilung zum Autor³⁵ – insbesondere mit der Frage auseinander, was die möglichen historisch-politischen und -diplomatischen Konsequenzen gewesen wären, wenn Deutschland, das nicht an der Pariser Friedenskonferenz teilgenommen hatte, den seiner Meinung nach »fehlerhaften Vertrag« nicht unterschrieben hätte, den die Deutschen unter Androhung militärischer Gewalt kurze Zeit später unter einem aufoktroierten Zeitdiktat stehend unterzeichnen mussten.³⁶ Vor dem Hintergrund der »neuen Ideen« des US-amerikanischen Präsidenten Wilson kam Sebastian Haffner hinsichtlich des »Strafurteils« zu folgendem Urteil:

Wen man als Verbrecher behandelt, der wird leicht einer – und das gilt für Nationen ebenso wie für den Einzelnen; während die Pose des Richters sich im internationalen Verkehr nie lange aufrechterhalten läßt. München war in Versailles vorgebildet, nicht nur dem Inhalt nach – der ja nichts weiter war als eine verspätete Anwendung der Wilsonschen Prinzipien auf Deutschland und eine resignierte Anerkennung der Vormachtstellung, die diese Prinzipien Deutschland und eine resignierte Anerkennung der Vormachtstellung, die diese Prinzipien Deutschland verliehen hatten –, sondern auch in seiner Eigenschaft als Drama und grimmiges Moralitätenspiel, in seiner Gegenüberstellung von blutrünstiger Gewalttätigkeit bei den Deutschen und gequälter Verlegenheit bei ihren ehemaligen Richtern.³⁷

Und zur Frage, ob die Deutschen bei der Vertragsunterzeichnung im Sommer 1919 keine historische Alternative gehabt hätten, schrieb er rückblickend:

Aber natürlich hatten sie eine Wahl. Sie konnten unterschreiben, oder sie konnten ihre Unterschrift verweigern. Falls sie ihre Unterschrift verweigerten, und die Alliierten daraufhin wirklich den Marsch ins Innere Deutschlands antraten, hatten die Deutschen sogar noch eine zweite Wahl: sie konnten versuchen zu kämpfen, oder sie konnten sich passiv besetzen lassen – und ihre Unterschrift immer noch verweigern.

Denn, so Haffner, die Deutschen verfügten zu diesem Zeitpunkt

33 H. Stuart Hughes, Am Ende einer Diskussion, in: *Der Monat*, 6 (1954), H. 71, S. 446-451 sowie Agnes Headlam-Morley, Zwischen Keynes und Mantoux, in: ebd., S. 451-457; zur radikalen Kritik des berühmten englischen Ökonomen John Maynard Keynes am Versailler Vertrag hinsichtlich der Reparationsforderungen gegenüber Deutschland siehe Headlam-Morley, ebd., S. 453 f.

34 Sebastian Haffner, *Der letzte Friedensvertrag? Versailles nach vierzig Jahren*, in: *Der Monat* 11 (1959), H. 131, S. 3–10.

35 Bei den redaktionellen Mitteilungen hieß es unter der Rubrik »Die Autoren des Monats«, in: Ebd., S. 96 zudem zu Sebastian Haffner, dass er zu diesem Zeitpunkt als Berliner Korrespondent der Londoner Sonntagszeitung *The Observer* tätig war.

36 Haffner, *Der letzte Friedensvertrag?*, in: Ebd., S. 7.

37 Ebd., S. 7.

über eine Freiwilligenarmee von etwa 400 000 Mann, die seit Januar neu entstanden war, kommunistische Aufstände in Berlin und Bayern niedergeschlagen hatte und sowohl Kriegserfahrung wie gute Kampfmoral besaß. Für einen symbolischen oder inhaltenden Widerstand war sie allemal stark genug. Aber auch wenn man auf bewaffneten Widerstand verzichtet hätte, oder wenn aller Widerstand gebrochen worden wäre, wäre eine neue Situation geschaffen gewesen [...].³⁸

Indessen setzte die deutsche Regierung letzten Endes die Unterschrift unter den Vertrag, obwohl noch nach Auffassung von Haffner im Mai 1919 in der Weimarer Nationalversammlung alle Parteien, und zwar von den Deutschnationalen bis zu den sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten, sich radikal gegen die Friedensbedingungen aussprachen. Einige Wochen lang bestand Haffner zufolge für die »deutsche Demokratie« die (dann versäumte) Möglichkeit, zum »Inbegriff für deutschen Patriotismus zu werden«.³⁹ Nachdem er die zwei entscheidenden Gründe für die Unterschrift zur Sprache brachte, schrieb er zu den politischen Implikationen der Vertragsunterschrift – von dem scheidenden Reichskanzler Philipp Scheidemann seinerzeit mit den Worten kommentiert: »Die Hand, die diesen Vertrag unterzeichnet, muß verdorren.«

Die Weimarer Republik begann zu verdorren von dem Augenblick an, in dem sie Deutschlands Selbstachtung unterzeichnet hatte. Trotz einer Teilholung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre blieb sie von diesem Augenblick an ihr ganzes kurzes Leben lang ein politischer Todeskandidat: die Verkörperung feiger Selbsterniedrigung für das eigene Volk, doppelbödiger Ausweichpolitik und Falschheit für die Alliierten. Weder der wiedererwachende deutsche Patriotismus noch die erwachende alliierte Reue nützten der Weimarer Republik. Beide wirkten sich, in tragischer Konvergenz, in den dreißiger Jahren zum Nutzen Hitlers aus.⁴⁰

Auch in der einzigen Veröffentlichung im *Monat*, in der ausdrücklich der »Zusammenbruch« der Weimarer Republik im Zentrum stand,⁴¹ wurden die Folgen des Versailler Vertrages thematisiert. Im August 1956 erschien das Vorwort der Neuauflage der bereits ein Jahr nach Kriegsende veröffentlichten Studie *Die Weimarer Republik* von Ferdinand Friedensburg unter dem Titel *Woran scheiterte die Republik von Weimar?*⁴² Hier

38 Ebd., S. 7 f.

39 Ebd., S. 8.

40 Ebd., S. 9.

41 Vgl. auch den allerdings in vergleichender Perspektive geschriebenen Beitrag: F[ritz] R[ené] Allemann, Brief aus Westdeutschland: Bonn ist nicht Weimar, in: *Der Monat* 7 (1955), H. 76, S. 333–341. Allemann beleuchtet hier u. a. differenziert die Entstehungsbedingungen der ersten deutschen Republik sowie auch die »allgemein-politischen Voraussetzungen«, die letztlich zum »Untergang« der Weimarer Republik führten (S. 341).

42 Ferdinand Friedensburg, *Woran scheiterte die Republik von Weimar?*, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 95, S. 59–64; hierbei handelte es sich um das Vorwort des Buches: Ferdinand Friedensburg, *Die Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1956 (Erstveröffentlichung: *Die Weimarer Republik*, Berlin 1946). Zum Autor Ferdinand Friedensburg hieß es im selben Heft auf Seite 94, dass er als »Landrat eines westpreussischen Kreises, Polizeivizepräsident von Berlin und Regierungspräsident in Kassel treu gedient [hat], bis er 1933 entlassen, 1935 für einige Zeit von der Gestapo verhaftet und 1941 mit einem Publikationsverbot belegt wurde. Nach dem Zusammenbruch entfaltete er als eine der stärksten Persön-

versuchte der Verfasser, wie er zu Beginn des Textes erklärte, die einzelnen Ursachen für den »unglückliche[n] Ausgang der ersten deutschen Demokratie« zu ergründen, die zu dem »unheilvollen Ergebnis« beigetragen hatten (S. 59). Zu den »Unzulänglichkeiten« der Weimarer Republik zählte nämlich für Friedensburg unter anderem, dass die früheren Gegner des Ersten Weltkrieges eine erhebliche »Mitverantwortung für das bittere Ende« hatten. Denn:

Vor allem Frankreich (hat) viel zu lange geglaubt, den mit schweren Opfern, wenn auch nicht ohne entscheidende fremde Hilfe errungenen Kriegserfolg im Sinne seiner jahrhundertlangen auf Schwächung und Niederhaltung Deutschlands gerichteten Politik ausnutzen zu sollen, einer Politik, die schon so viel zu der unausgeglichene[n] Entwicklung des deutschen Volkes und damit zur unruhigen Geschichte Europas beigetragen hatte.⁴³

Es sei historisch, politisch und moralisch falsch, dass die Entente das »Abtreten der verantwortlichen Monarchie« erzwang und die sogenannten Nachfolger behandelten, als wenn ebendiese die »gleiche Verantwortung trügen«. »Mochte dieser Fehler anfänglich aus der Haßpsychose des Krieges begreiflich sein«, so Friedensburg,⁴⁴

so fehlten die Einsicht und der Weitblick bis zuletzt, und erst dem ungestüm fordernden Nationalsozialismus wurde willig gewährt, was der friedfertigen Republik verweigert worden war und was bei rechtzeitiger Gewährung wahrscheinlich der Weltgeschichte eine andere Wendung gegeben hätte. Noch die Haltung nach London, Locarno, Thoiry und Genf, also die verspätete Räumung des besetzten Rheinlandes, die lange Verzögerung der einzelnen Reparationsregelungen, insbesondere ihrer Endlösung, die Verweigerung der Zollgemeinschaft mit Österreich, die Abneigung, längst als unhaltbar erkannte und auch anerkannte Mißgriffe wie das Saar-Statut, das Memel-Statut und die vollständige Fortnahme aller Kolonien zu berichtigen, von den unmittelbaren Auswirkungen von Versailles und den ersten Nachkriegsjahren ganz abgesehen, haben die Stellung der Demokratie in Deutschland mindestens ebenso sehr geschwächt wie der Ansturm der innenpolitischen Gegner und die Fehler der demokratischen Politik.⁴⁵

lichkeiten der Berliner CDU eine rege politische Tätigkeit; von 1946–1950 war er unter Otto Ostrowski, Louise Schröder und Ernst Reuter Bürgermeister von Berlin. In den letzten Jahren hat Professor Friedensburg – neben seiner Lehrtätigkeit als Volkswirtschaftler und dem Mandat im Bundestag – seine Arbeitskraft hauptsächlich dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-Dahlem gewidmet, dessen Präsidium er 1945 übernahm.«

43 Ebd., S. 63.

44 Eine fehlerhafte Politik bemängelte Friedensburg auch hinsichtlich des »internationalen Verhalten[s] bei der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1932, die seiner Ansicht nach zur Massenarbeitslosigkeit in Deutschland führte und mithin erst »das Ansteigen des Radikalismus in Deutschland erleichtert (hat) und damit den verhängnisvollen Ausgang wahrscheinlich überhaupt erst ermöglicht hat«. Vor allem von französischer Seite, so Friedensburg, waren allgemeine Fehler gemacht worden und haben folglich »wesentlich zu dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft mit allen ihren politischen Folgen beigetragen.« (Ebd., S. 63)

45 Ebd.

Von Anfang an war die Konstituierung des »neuen Staatswesens«, sprich: der Weimarer Republik, für Friedensburg von überaus »bedeutungsvollen Belastungen begleitet«. Bereits die Novemberrevolution von 1918 war im eigentlichen Sinn überhaupt keine Revolution, »sondern ein von außen her – durch den unglücklichen Kriegsausgang – hervorgerufener Zusammenbruch« (S. 59). Beispielsweise wurde die neue Regierung bzw. die »Regierungsleistung« von Anbeginn unter anderem durch die »Umsturzversuche der kommunistischen Bewegung« zum einen überaus erschwert und gefährdet sowie zum anderen »auch von innen heraus gespalten« (ebd.). In den Augen von Friedensburg konnte sich zwar »die Mehrheit« vor allem mit der Hilfe »der Wehrmacht« behaupten, gleichzeitig wurden infolge dieses Bündnis Probleme geschaffen, »deren Lösung bis zuletzt nicht gelang«. Und hierzu stellte er fest: »Die ständige Bedrohung der Demokratie durch die radikale Linke zwang die Regierungen, sich in die Hände der Wehrmacht zu geben und dieser eine unverhältnismäßige und schließlich verhängnisvolle Rolle im Staate einzuräumen.« Zum »Sturz« der Weimarer Republik führte, so der Autor, unter anderem die Tatsache, dass eine allgemeine Wehrpflicht verhindert wurde, »die eine wirklich demokratische Entwicklung ermöglicht hätte«. Auch dies subsumierte Friedensburg unter das »Schuldkonto der Sieger des ersten Weltkrieges« (ebd.).

Gleichwohl war das »Verhalten« der Weimarer Republik für Friedensburg von der »gleiche[n] Schwächlichkeit und Unentschlossenheit« gekennzeichnet in Bezug auf »ihre innenpolitischen Gegner von rechts«. Für ihn stand zum damaligen Zeitpunkt zweifelsohne fest, dass Verwaltung, Polizei und Justiz vor der offenen Feindseligkeit der sogenannten Wehrverbände und später namentlich vor der NSDAP und ihren Gliederungen eine viel zu weitgehende Nachsicht, in manchen Organen sogar eine sträfliche geheime Sympathie bewiesen haben. Zudem konstatierte er:

Die ersten Warnungen, die die Morde in den ersten Jahren, dann der Kapp-Putsch im Jahre 1920, der Hitler-Putsch im Jahre 1923 und der im Keim erstickte Claß-Putsch im Jahre 1926 und endlich die maßlose Agitation während des ganzen Zeitabschnittes hätten erteilen müssen, wurden nur unzulänglich beachtet. Insbesondere war das Verhältnis zu den sogenannten Wehrverbänden, vor allem zum Stahlhelm, eigentlich ständig durch ein unsicheres Schwanken gekennzeichnet, auch dann noch, als die von ihnen eingeleiteten bzw. hauptsächlich getragenen Volksbegehren, die Harzburger-Tagung und die zunehmende Radikalisierung im Auftreten der ländlichen Untergruppen jeden Zweifel über die revolutionären Ziele beseitigt hatten. Infolgedessen waren die Verbände im Jahre 1932 zusammen mit der Reichswehr stark genug, um dem Reichspräsidenten den von Papen geleiteten Staatsstreich zu ermöglichen [...].

Und hinsichtlich der Genesis der nationalsozialistischen Machteroberung kam Friedensburg rückblickend zu folgender Einschätzung:

Als es noch Zeit gewesen wäre, der aufkommenden Drohung der nationalsozialistischen Parteidiktatur durch eine einfache Ausweisung des staatenlosen Hitler einen wesentlichen Teil ihrer Gefährlichkeit zu nehmen, fühlte man sich durch die eigenen liberalen Grundsätze gebunden, und verkannte man, daß die Berufung des Todfeindes der Verfassung auf diese Verfassung mißbräuchlich und darum nicht zu beachten ist. Setzte man aber dem Gegner gegenüber nicht die anfänglich durchaus zureichenden

Machtmittel ein, so entschloß man sich umgekehrt auch nicht, die eigentlichen Mittel zu versuchen, d. h. die Opposition zur Regierung zu berufen. Es spricht manches dafür, daß eine rechtzeitige – also noch vor dem übergroßen Wachstum der Partei erfolgende – Hereinnahme der NSDAP in die Regierungsverantwortung des Reiches der eigentlichen Gefahr Einhalt geboten hätte, indem die Partei gezwungen worden wäre, ihre maßlose Propaganda mit den praktischen Aufgaben und tatsächlichen Leistungen in Einklang zu bringen. Auch hier, ähnlich wie im Verhältnis zur Reichswehr, blieb die Republik bis zuletzt unentschieden zwischen beiden Möglichkeiten stehen.⁴⁶

Allerdings bestand aus einer demokratietheoretischen Perspektive heraus für den Verfasser des Beitrages *Woran scheiterte die Republik von Weimar?* das Problem, dass die erste deutsche Republik von Anbeginn mit einer fundamentalen Schwäche behaftet war, die in dem »schwerwiegenden Strukturfehler des Reichsaufbaus« begründet war. Dieser bestand in dem »Dualismus Reich und Länder« (S. 60). Auf ebendieser (verfassungsmäßigen) Grundlage verblieben nämlich wichtige staatliche Hoheitsrechte bei den einzelnen Ländern, wie vor allem bei der »Polizeihohheit«, sodass in genau den Gebieten, »in denen keine verfassungstreuen Mehrheiten bei den Volksvertretungen bestanden«, die Möglichkeit vorhanden war, »eine selbständige Politik gegenüber dem rechtsradikalen Umsturz zu treiben und sich zum Schlupfwinkel, ja zum offenkundigen Exerzierplatz der zur Gegenrevolution drängenden Gruppen herzugeben« (S. 60 f.). Insbesondere der »Selbständigkeitsdrang Bayerns« hatte Friedensburgs Ansicht nach seit Beginn des Jahres 1919 bis »zuletzt eine unheilvolle Rolle zunächst im linksradikalen, dann im rechtsradikalen Sinne gespielt und viel dazu beigetragen, die Führung einer einheitlichen republikanischen Staatspolitik zu vereiteln« (S. 61). Und weiter schrieb er:

Aber auch der Gegensatz Reich und Preußen hat sich nachteilig geltend gemacht, wobei der entschieden republikanischen Politik der bemerkenswert beständigen preußischen Regierungen die abschwächende und bremsende Haltung der gleichzeitigen Reichsregierungen gegenüberstand. Die fehlende Entwicklung einer klaren, einheitlichen Staatsautorität und die geringe politische Erziehung des deutschen Volkes verschärften die Schwierigkeiten, die üblicherweise in einer Volksherrschaft dem Aufbau einer jeden Staatsautorität entgegenstand.⁴⁷

In diesem Zusammenhang haben sich die angesprochenen Gegensätze nach dem Urteil von Friedensburg mit der Wahl des zweiten Reichspräsidenten, des Feldmarschalls Paul von Hindenburg, ausgedrückt. Denn durch die Tatsache, dass an der »Spitze einer demokratischen Republik mit ausgeprägt friedfertiger, ja pazifistischer Politik ein populärer General von schroff konservativer und soldatischer Gesinnung trat, mußte von vornherein Spannungen ernstesten Ausmaßes auslösen«. Insbesondere zu Beginn seiner insgesamt acht Jahre dauernden Amtszeit als Reichspräsident war Hindenburg bemüht, »den Eid auf die Verfassung ernst zu nehmen und jedenfalls die äußerliche Verfassungstreue zu wahren«. Und Friedensburg konstatierte hierzu: »Fast bis zuletzt folgte ihm hierbei das Vertrauen der Volksmehrheit« (ebd.). Indes-

46 Ebd., S. 60.

47 Ebd., S. 61.

sen trat bei einigen Entscheidungen von Hindenburg nach Meinung von Friedensburg die Tatsache in Erscheinung, dass sich »die legendäre Figur des greisen Heerführers« keineswegs allein von »Rücksichten auf persönliche Treueverpflichtungen« leiten ließ, sondern auch von persönlichen sowie »Standesinteressen«; dies zeigte sich beispielsweise 1932 bei der Entlassung vom Reichskanzler Heinrich Brüning (ebd.) sowie zudem beim »völlige[n] Versagen im Jahre 1933, als es nunmehr zum ersten Male ernstlich galt, die beschworene Verfassung zu retten, und die nachfolgende Annahme unverhältnismäßiger und unüblicher Dotationen mögen mit Rücksicht auf das hohe Alter mildere Beurteilung verdienen« (ebd.).

Abschließend stellte Friedensburg hinsichtlich der Rolle, der Funktion und der Verantwortung Hindenburgs für den »Zusammenbruch« der Weimarer Republik zusammenfassend fest:

Jedenfalls begründen alle diese Erfahrungen über den auch von persönlicher Eitelkeit und Empfindlichkeit keineswegs freien Mann ein wesentlich anderes Urteil, als es der herkömmlichen Auffassung entspricht. Seine Verantwortung für das Gelingen der nationalsozialistischen Revolution und damit für das Ende der Weimarer Republik ist jedenfalls nicht nur formal. Durch seine unklare, jedes bejahende Eintreten vermeidende Haltung hat Hindenburg während seiner ganzen Präsidentschaft wesentlich zur fortschreitenden Auflösung des republikanischen Staatsgedankens beigetragen; auch da, wo der nicht gerade aktive Mann sich selbst zurückhielt, wirkte die Arbeit seiner Umgebung störend und zerstörend, zumal sich hier, vor allem um die Person des Sohnes und Adjutanten, alle oppositionellen Personen, Gruppen und Bestrebungen in weitgehender Sicherheit sammeln und zugleich in der einen oder anderen Form der Autorität des Reichspräsidenten bedienen konnten.⁴⁸

Ungeachtet der thematisierten »Negativbedeutung«, die Hindenburg beim Scheitern der Weimarer Republik und für die siegreiche sogenannte nationalsozialistische Revolution hatte, zählte Friedensburg weitere Gründe auf, die seinem historischen Urteil nach in erster Linie zum »Sturz der Republik« führten:

1. Das Versagen der »verfassungstreuen Gruppen und Personen«.
2. Das »unglückliche Wahlrecht«, das die »Aufsplitterung der Volksvertretung in zahlreiche Parteien und Grüppchen zur Folge hatte, sodass beispielsweise eine »einheitliche, klare Willensbildung« verunmöglicht wurde und »subalterne Parteileute« die Parlamente gewissermaßen dominierten.
3. Dass sich »starke Persönlichkeiten nicht durchzusetzen vermochten« und es mithin an Politikern mangelte, die zur Führung »berufen« waren; infolgedessen »fehlte vielfach der große Zug, der heiße Hauch, die zwingende Kraft überragender Figuren, die für eine solche Zeit unentbehrlich sind«.
4. Dass das »jahrhundertlang in politischer Unreife gehaltene Volk [...], von sich aus nicht genügend Verantwortungsgefühl auf(-brachte), um die Lücken und Schwächen der Führung zu ersetzen«⁴⁹.

⁴⁸ Ebd., S. 61 f.

⁴⁹ Alle Zitate ebd., S. 62. Siehe auch die zusammenfassenden Schlussbemerkungen und -folgerungen des Autors in Bezug auf den »unglücklichen Ausgang« der Weimarer Republik auf S. 63 f.

Neben den genannten Beiträgen, die sich direkt mit dem Untergang der Weimarer Republik und explizit oder implizit mit dem Aufstieg und der »Machtergreifung« der nationalsozialistischen Massenbewegung auseinandersetzten, erfuhr der Leser des *Monat* noch sozusagen auf indirektem Wege, d. h. in Veröffentlichungen, in denen dieser Themenkomplex »nebenbei« angesprochen wurde. Beispielsweise betonte – im Gegensatz zu Friedensburg – der deutsche Politikwissenschaftler Ludwig Bergsträsser unter Berufung auf den ehemaligen Staatssekretär von Hindenburg, Otto Meißner, dass der Reichspräsident »durch die »nationale Opposition« gestürzt worden« ist. Zudem erwähnte er unter anderem auch die »ganze Intrigenpolitik« Kurt von Schleichers vor dem Hintergrund eines »nationalistischen Illusionismus« und einer nach partikularen Interessen motivierten Politik der »Deutschnationalen«. ⁵⁰

Des Weiteren wurde der Leser noch »nebenbei« darüber informiert, dass der Nationalsozialismus respektive Hitler (auch) mit der Unterstützung des deutschen Adels, ⁵¹ der konservativen Eliten, ⁵² der deutschen Bevölkerung ⁵³ letztlich am 30. Januar

50 Ludwig Bergsträsser, *Geschichte und Persönlichkeit*, in: *Der Monat* 3 (1951), H. 35, S. 548–550, hier S. 548 f. (Sammelrezension).

51 Siehe H. G. v. Studnitz, *Der deutsche Adel heute. Europäische Aristokratie (IV)*, in: *Der Monat* 9 (1957), H. 100, S. 43–50. Die »regressive« kapitalistische Massengesellschaft war sozusagen der Nährboden dafür, dass der Nationalsozialismus, so v. Studnitz, viele Anhänger »aus den Reihen des Adels gewinnen« konnte, um zugleich darauf hinzuweisen, dass es »den Russen« aus den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen gelang, »Träger berühmter preußischer Adelsnamen in ihren »Nationalverband deutscher Offiziere« zu locken« (S. 48). Vgl. zur antidemokratischen politischen Einstellung gegenüber der Weimarer Republik und zu den ideengeschichtlichen Einflüssen auf die »Weltanschauung« seitens des »deutschen Adels« den Beitrag über die »schlesische Aristokratie« von Goronwy Rees, *Deutschland, Deutschland ... Reif ins Innere*, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 96, S. 25–38.

52 Siehe z. B. Hugh R. Trevor-Roper, *Hitler und Franco. Warum nahm Spanien nicht am Kriege teil?*, in: *Der Monat* 5 (1953), H. 60, S. 630.

53 Siehe z. B. Franz Theodor Csokor, *Der deutsche Jeremias*, in: *Der Monat* 4 (1952), H. 48, S. 651–653 (Rezension). In seiner Besprechung wies der Emigrant Csokor auf Seite 652 darauf hin, dass der infolge der »Katastrophe« der »Machtergreifung« Hitlers ins Exil gegangene Kurt Tucholsky (gestorben am 21. Dezember 1935), den anwachsenden »Nationalismus« bei der »deutschen Masse« im Verlauf der ersten 1930er-Jahre und nicht zuletzt Anfang 1933 feststellte. Siehe auch entsprechende Hinweise bei Hermann Kesten, *Kurt Tucholsky*, in: *Der Monat* 10 (1958), H. 113, S. 70–76, hier S. 76, sowie Michael Freund, *Ende der deutschen Geschichte? Zu dem neuen Buche Golo Manns*, in: *Der Monat* 11 (1959), H. 126, S. 68–72, hier S. 71, hierbei handelte es sich um die Rezension von Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. o. J. In dem an entlegener Stelle – in der Rubrik »Hinweise« – veröffentlichten Beitrag *Was verstehen Frauen von der Politik?* ging Alfred Kellner – unter Berufung auf die vom französischen Politikwissenschaftler Maurice Duverger im Auftrag der UNESCO herausgegebene Studie *The Political Role of Women* – auch auf das Wahlverhalten der Frauen Ende der 1920er- sowie zu Beginn der 1930er-Jahre ein. Kellner machte auf folgenden Umstand aufmerksam: »Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, Adolf Hitler sei »von den Frauen ans Ruder gebracht« worden, beweisen die Statistiken, daß der Nationalsozialismus zumindest bis 1930 bei den Männern größeren Erfolg hatte. Gewiß, die Differenz zwischen dem Prozentsatz der für die NSDAP abgegebenen weiblichen und männlichen Stimmen scheint in den folgenden Jahren abgenommen zu haben (genauere Zahlen für diesen Zeitraum liegen offenbar nicht vor), auf jeden Fall aber sind die Frauen dem Sog des Nationalsozialismus langsamer erlegen als die Männer.« Anschließend zeigte Kellner anhand einer (statistischen) »Aufstellung« den prozentualen »Stimmenanteil der NSDAP bei Reichstagswahlen unter der Weimarer Republik« im Zeitraum 1928 bis 1930 für die Bundesländer Bay-

1933⁵⁴ an die Macht gelangen konnte. So stellte zum Beispiel Sidney Hook in seinem – auf den sowjetischen Kommunismus ausgerichteten – Beitrag *Lenin oder die Rolle des Einzelnen* fest, dass infolge der Russischen Revolution »reaktionäre Kräfte«, d. h. Männer wie Hugenberg, Thyssen und Hindenburg, unter anderem aufgrund der »Wirtschaftskrise« und aus »Furcht vor dem Bolschewismus und vor einer Einführung des bolschewistischen Systems im Westen« Hitler an die Macht brachten. Denn, so Hook:

Zwar würde es auch ohne die russische Revolution eine Hitler-Bewegung gegeben haben, aber sie wäre nicht siegreich gewesen. Schlimmstenfalls würde es in Deutschland wie schon früher zu einer Periode der politischen Reaktion gekommen sein; im Lauf der Zeit hätte aber ein konservatives Regime auf Grund seiner Unfähigkeit des Kapitalismus Herr zu werden, einer durch frühere Niederlagen gewitzten und gestärkten deutschen Sozialdemokratie weichen müssen.⁵⁵

Die Genesis der nationalsozialistischen »Machtergreifung« beleuchtete *Der Monat* ebenfalls auf »indirektem Weg« in der Veröffentlichung *Der Führer persönlich. Gedanken beim Lesen zweier Biographien* von Lüthy. In der Rezension der beiden Hitlerbiographien Bullocks und Görlitz/Quints konstatierte Lüthy – vor dem Hintergrund der sogenannten Unpersönlichkeit Hitlers, die »von fast unfäßbarer geistiger, moralischer und menschlicher Inferiorität« war:

Begreiflich genug, daß seine politischen Gegenspieler ihn stets, bis es zu spät war, für ein bloßes Instrument, sei es der Reichswehr, der Schwerindustrie oder der Junker, halten wollten. Es war ein Irrtum, auch wenn seine ganze Laufbahn undenkbar gewesen wäre ohne die politisierenden Freikorpsoffiziere des in Auflösung begriffenen Übergangsheers, die den unbekannten Haßapostel als nationalen Agitator und Nachrichtenagenten auf Deutschland losließen, ohne die trübe Bierhefe bayerischer Verschwörung, nationaler Bräustüblrevolution, Staatsstreichspielerei, Freikorps und Feme, die ihn emporschwemmte, ohne die Protektionen und Komplizitäten hochgestellter »völkischer« Politiker vom Münchener Polizeipräsidenten Pöhner und vom bayerischen Justizminister Gürtler bis zum Ludendorffkreis und zur »schwarzen Reichswehr«, dank denen der Krawallredner, Saalschlachtorganisator und Putschist Hitler, der bis 1932 nicht einmal deutscher Staatsangehöriger war, stets vor Strafe und Ausweisung bewahrt blieb, ohne die Kahr, Thyssen, Hugenberg und Papen, die den »Trommler« benutzen zu können glaubten – die Kapitel der beiden Biographien, die Hitlers »Kampffahre« darstellen, sind eine gespenstische Wanderung durch die morschen Untergründe einer Weimarer Republik, die nie die Kraft und den Mut zur Selbstverteidigung aufbrachte.

ern, Bremen, Thüringen, Berlin Frankfurt a. M. sowie Köln, bei den Männern und Frauen; Kellner, Was verstehen Frauen von der Politik?, in: *Der Monat*, 8 (1956), H. 94, S. 72–75, hier S. 73 f.

54 Siehe exemplarisch Hellmut Jaesrich, In Qualen gelebt. Zu Jochen Kleppers Tagebüchern, in: *Der Monat* 9 (1957), H. 101, S. 71–74 (Rezension). Er zitierte hier auf S. 72 eine Tagebucheintragung von Klepper am 30. Januar 1933: »Hitler ist Reichskanzler. Noch einmal ist das verhängnisvollste Bündnis zustande gekommen, das Gustav Freytag die größte deutsche Gefahr nennt: das Bündnis zwischen dem Adel und dem Pöbel.«

55 Sidney Hook, *Lenin oder die Rolle des Einzelnen*, in: *Der Monat* 2 (1950), H. 20, S. 174–189, hier S. 179.

Nicht nur Hitlers Gegner, sondern auch jene, die mit ihm paktierten, verfielen dem Irrtum, ihn für ein bloßes Instrument zu halten, dessen sie sich bemächtigen könnten.⁵⁶

In diesem Zusammenhang vertrat Lüthy unter Berufung auf Veit Valentins Untersuchung *Geschichte der Deutschen* das Urteil: »Hitlers Geschichte ist die Geschichte seiner Unterschätzung.« Ebenjene Unterschätzung war für ihn insbesondere dem Umstand geschuldet, dass der »Politiker« Hitler um 1914 bis zur »Gründung des Dritten Reiches« keineswegs der »Erfinder« der (nationalsozialistischen) »Ideen«⁵⁷ gewesen war, die sich nicht nur in Deutschland aus verschiedenen historischen Quellen speiste und die seinerzeit, d. h. im Kontext der Jahre des Ersten Weltkrieges, zu »abgestandenen Gemeinplätze[n] des radikalen, antisemitischen und pangermanischen Journalismus und Kaffeehausgeschwätzes in jeder mitteleuropäischen Stadt einschließlich Wiens und Münchens geworden« war, wo Hitler sie im Grunde genommen nur noch aufzulesen brauchte. Hitlers Originalität, so Lüthy, »lag nicht in seinen Ideen, sondern in der schauerlich buchstäblichen Weise, in der er daran ging, Wahnvorstellungen in Wirklichkeit umzusetzen, und in seiner unvergleichlichen Beherrschung der Mittel, mit denen dies geschehen konnte«⁵⁸.

Auf der Grundlage der beiden rezensierten Hitlerbiografien skizzierte Lüthy ausführlich die biografischen, d. h. vor allem die politischen und – wenn man so will – psychologischen Auswirkungen respektive Implikationen des von Hitler emphatisch begrüßten Kriegausbruches von 1914, denn er hat »Gott auf den Knien« dafür gedankt, die der beruflich und privat »Gescheiterte« in *Mein Kampf* beschrieben hat. Und Lüthy schilderte in diesem Zusammenhang, wie der ehemalige Gefreite nach Kriegsende in München sozusagen politisch sozialisiert wurde – in einem republikfeindlichen Milieu, »in der alle Unanpaßbaren, mit Gott und der Welt Hadernden, nach nationaler Erhebung und Revanche Dürstenden ein provisorisches Soldatenleben weiterfristeten«. In dieser national konnotierten, ressentimentgeladenen politischen Gesellschaft wurde Hitler auf Initiative von »Hauptmann Röhm« zur Teilnahme des organisierten Kurses »nationales Denken« »abkommandiert«, der für ihn zu seiner sogenannten politischen Hochschule avancierte. In allererster Linie an dieser »politische[n] Hochschule«, so die Einschätzung von Lüthy,

wurde Hitler inmitten von Schicksals und Gesinnungsgleichen das ganze Arsenal nationalistischer Schlagworte vermittelt, von dem er auf seiner weiteren Laufbahn zehren sollte, die Dolchstoßlüge, der Verrat der »jüdisch-marxistischen Novemberverschönerer«, die »soldatische Berufung«, die »Schmach«, das »System«, das »völkische« Denken, der ganze Schatz von Gemeinplätzen des in Bayern triumphierenden Rechtsradikalismus [...].⁵⁹

56 Lüthy, *Der Führer persönlich*, S. 151 (Sammelrezension).

57 Lüthy zitiert auf S. 151 Alan Bullock, der in seiner Studie schrieb: »Jede einzelne seiner Ideen [...] von der Verherrlichung des Führer-Heros, dem Rassenmythos, dem Antisemitismus, der Volksgemeinschaft und der Feindschaft gegen den Intellekt bis zur Idee einer herrschenden Elite, der Unterordnung des Individuums und der Doktrin, daß Macht Recht ist – findet sich bei den antirationalistischen und rassengläubigen Schriftstellern, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und anderen Ländern, während des Jahrhunderts zwischen der Romantik und der Gründung des Dritten Reiches.«

58 Ebd., S. 151.

59 Ebd., S. 158.

Ebenfalls abkommandiert wurde Hitler, so Lüthy, zu einer politischen Beobachtung einer Versammlung der »neugegründeten ›Deutschen Arbeiterpartei‹«, einer radikal-nationalistischen Vereinigung, »die damals wie Pilze aus dem Boden Münchens schoss, und mit der rednerischen Eroberung dieses ›Spießervereins‹ von sieben Mitgliedern begann Hitlers Welteroberung«, zumal Hitler nach »seiner ersten öffentlichen Rede vor 111 Zuhörern« feststellte: »Ich konnte reden! Nach dreißig Minuten waren die Menschen in dem kleinen Raum elektrisiert.«⁶⁰

1.5 Die nationalsozialistische Herrschaftspolitik bis 1938

Wie gesagt, ergab die empirische Auswertung der einzelnen Ausgaben des *Monat*, dass der Nationalsozialismus in 60 Beiträgen ausdrücklich Gegenstand war (unter Berücksichtigung sämtlicher Themenbereiche: »Vorgeschichte«, »Emigration«, »Intellektuelle« etc.). Abgesehen von Hofers *Der »völkische Rechtsstaat«. Zur nationalsozialistischen Rechtspolitik* (H. 125, S. 46–58), vereinzelt Bemerkungen und Einschätzungen von Trevor-Roper⁶¹ sowie Butlers Rezension zur Fritschkrise im Frühjahr 1938⁶² wurde in keinem weiteren Beitrag ausdrücklich auf die nationalsozialistische Herrschaft und Politik bis zum »Anschluss« Österreichs 1938 eingegangen. Insofern dieser Zeitraum der deutschen Geschichte thematisiert wurde, erfolgte die politische, historische oder wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in erster Linie »indirekt bzw. nebenbei« oder in quasi totalitarismustheoretischer Perspektive.⁶³

Was man im *Monat* beispielsweise in Bezug auf die politischen Folgen »indirekt bzw. nebenbei« erfuhr, die mit dem historischen Datum des 30. Januar 1933, also der sogenannten Machtergreifung, verbunden war, war die Tatsache, dass nicht wenige tatsächliche politische Gegner des Nationalsozialismus, zum Beispiel (Links-)Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und deutsche Juden, die sich der drohenden persönlichen Gefahr gewahr wurden, Deutschland verließen und in die Emigration gingen.

60 Ebd., S. 159.

61 Siehe hierzu das Kap. II.6.8.

62 Rohan Butler, *Der Fall Fritsch*, in: *Der Monat* 4 (1952), H. 45, S. 313–316 (Rezension). Er teilt auf S. 313 mit, dass das Buch mit dem »einigermaßen schwerfälligen Untertitel ›Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit‹« vom sogenannten Deutschen Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit herausgegeben wurde.

63 Siehe exemplarisch für die in quasi totalitarismustheoretischer Perspektive gemachten Ausführungen, den unter der Rubrik »Am Rande notiert« erschienenen Beitrag von H[ellmut] J[aesrich] in: *Der Monat* 11 (1958), H. 122, S. 85–87. Jaesrich berichtete zu Beginn davon, dass Boris Pasternak vom schwedischen Nobelpreiskomitee den »Nobel-Literaturpreis« zuerkannt wurde, allerdings von sowjetischer Seite, zumal vom sowjetischen Schriftstellerverband, unter Druck gesetzt bzw. »gezwungen« wurde auf den Nobelpreis zu verzichten (S. 85). Daran anschließend ging er unter der Überschrift *Ein anderer Nobelpreis* auf die näheren historischen Umstände der Verleihung des Friedensnobelpreises für den »deutschen Publizisten« Carl von Ossietzky im Jahre 1936 ein. Dort erfuhr man dann u. a., dass der parteiunabhängige Pazifist und Herausgeber der »linkserichteten Weltbühne«, Ossietzky, 1933 im Zusammenhang mit Verhaftungen im Kontext des »Reichstagsbrandes« in »verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern festgehalten« worden war und »im Mai 1938 starb« (S. 86). Daran anknüpfend stellte Jaesrich fest: »Der Name seiner Witwe schmückt heute das Titelblatt der äußerlich im alten Gewande wiedererstandenen *Weltbühne* in Berlin Ost« (S. 86 f.).